

**Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010
der
Bürgerliches Brauhaus Ravensburg - Lindau Aktiengesellschaft, Ravensburg**

1. SITUATION DES BÜRGERLICHEN BRAUHAUSES

Im Geschäftsjahr 2010 lag der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit des Bürgerlichen Brauhauses bei der Verwaltung und Vermietung von eigenem Immobilienbesitz, bei der Aufstellung von Unterhaltungsspielgeräten und dem Betrieb von gastronomischen Einrichtungen und von „Spielcasinos“.

Die vom Unternehmen betriebenen „Spielcasinos“ befinden sich erfolgreich im Betrieb und die bereits in den Vorjahren guten Ergebnisse aus diesem Geschäftszweig konnten auch für das Geschäftsjahr 2010 fortgeschrieben werden.

Für das Geschäftssegment „Vermietung und Verpachtung“ kann bezogen auf den Bereich Verwaltungs- und Bürogebäude in Ravensburg ein im Vergleich zum Vorjahr gleichbleibendes Umsatzniveau konstatiert werden; die Immobilien waren im Geschäftsjahr durchgehend vermietet. Für den Bereich Verpachtung von eigenen Gaststätten ist im Vergleich zum Vorjahr ein Umsatzanstieg festzustellen. Nachdem die umfangreichen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen der Gaststätte „Bäregarten“ in Ravensburg zum Ende der ersten Jahreshälfte 2009 abgeschlossen werden konnten, ist das Objekt erfolgreich langfristig vermietet worden und trägt mit ganzjährigen Miet- und Pachteinnahmen im Geschäftsjahr 2010 zu einer Steigerung der Mieterlöse in diesem Geschäftszweig bei. Der schwäbischen Tradition des Unternehmens folgend wurde auf eine hochwertige Sanierung des Objekts Wert gelegt, die eine nachhaltige Vermietbarkeit erleichtern soll. Auch künftig sollte sich deswegen eine positive Wirkung auf das Geschäftssegment „Vermietung und Verpachtung“ und ganz allgemein auf die wirtschaftliche Situation in den folgenden Geschäftsjahren ergeben.

Abgesehen von wenigen Ausnahmen waren alle Immobilien durchgehend vermietet bzw. verpachtet. Wo sich Leerstände ergaben, konnten die betreffenden Objekte in der Regel kurzfristig wieder vermietet werden. Einige leerstehende Wohnungen wurden im Hinblick auf eine Umgestaltung in Kauf genommen.

2. ERTRAGSLAGE

Die Umsatzerlöse sind im abgelaufenen Geschäftsjahr um TEUR 188 bzw. 7,4 % auf TEUR 2.720 gestiegen. Dies ist einerseits Folge des weiter wachsenden Automatengeschäfts. Nachdem sich nunmehr beide „Spielcasinos“ erfolgreich im Betrieb befinden, konnten die Umsatzerlöse in diesem Geschäftssegment um TEUR 78 bzw. 5,1 % auf TEUR 1.608 gesteigert werden. Andererseits sind auch die Mieterlöse, insbesondere aus eigenen Gaststätten angestiegen. Insgesamt konnten aus der Vermietungs- und Verpachtungstätigkeit Mehrerlöse von TEUR 71 bzw. 8,4 % generiert werden. Des Weiteren wurden im Geschäftsjahr 2010 Erlöse aus dem Verkauf von Handelswaren in Höhe von TEUR 39 erzielt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten Erträge aus der Weiterbelastung von Kosten in Höhe von TEUR 74; diesen stehen Aufwendungen für bezogene Leistungen aus der Anpachtung fremder Immobilien von TEUR 72 gegenüber. Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Ausleihungen und Forderungen werden in Höhe von TEUR 30 ausgewiesen, denen Abschreibungen auf Finanzanlagen (Ausbuchungen) in Höhe von TEUR 9 sowie Abschreibungen auf Forderungen in Höhe von TEUR 2 gegenüberstehen. Des Weiteren werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen Gewinne aus der Veräußerung von Gegenständen des Sachanlagenvermögens in Höhe von TEUR 16 (Vorjahr TEUR 298) und übrige ordentliche Erträge, einschließlich der Erträge aus Kassenkorrekturen von TEUR 4, ausgewiesen.

Beim Materialaufwand werden Aufwendungen für bezogene Handelswaren in Höhe von TEUR 29 ausgewiesen; die Aufwendungen für bezogene Leistungen (Miet- und Pacht aufwendungen für Absatzstätten) betragen TEUR 72 (Vorjahr TEUR 69).

Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 86 bzw. 11,2 % zurückgegangen. Dieser Rückgang ist wesentlich auf den im Geschäftsjahr 2010 gewinnerhöhend zu erfassenden Verbrauch der Pensionsrückstellungen mit TEUR 95 zurückzuführen. Gegenläufig wirkte sich die mit Wirkung zum 1. Mai 2010 in Kraft getretene Tariflohnerhöhung von 2,1 % für die tarifgebundenen Arbeitnehmer aus. Der durchschnittliche Bestand an Arbeitnehmern ist im Geschäftsjahr 2010 identisch mit dem des Vorjahres.

Die planmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 20 auf TEUR 227 zurückgegangen. Die steuerrechtlichen Abschreibungen nach § 254 HGB a.F., die nach Art. 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB von der Gesellschaft für die vor dem BilMoG-Umstellungszeitpunkt angeschafften Vermögensgegenstände fortgeführt werden, belaufen sich auf TEUR 154 (Vorjahr TEUR 505).

Das Jahresergebnis ist im Vergleich zum Vorjahr durch geringere Instandhaltungsaufwendungen von TEUR 123 (Vorjahr TEUR 320) belastet. Des Weiteren werden unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen die Wirteanteile für Automatenaufstellung mit TEUR 137 (Vorjahr TEUR 120), Leasingaufwendungen für Geldspielautomaten in Höhe von TEUR 108 (Vorjahr TEUR 117), Verwaltungsaufwendungen mit TEUR 73 (Vorjahr TEUR 59), Aufwendungen, für Energie und Wasser mit TEUR 52 (Vorjahr TEUR 21) und übrige ordentliche Aufwendungen, einschließlich der saldiert ausgewiesenen buchhalterischen Berichtigungen für nachgebuchte Warenver- und -einkäufe in Vorjahren (TEUR 4), ausgewiesen.

Das Ergebnis vor Finanzergebnis, Außerordentlichem Ergebnis und Steuern beläuft sich im Geschäftsjahr auf TEUR 1.127 (Vorjahr TEUR 1.023). Es ist im Vergleich zum Vorjahr damit um TEUR 99 angestiegen.

Das Finanzergebnis hat sich im Geschäftsjahr 2010 um TEUR 43 verbessert; es wird mit einem negativen Betrag in Höhe von TEUR -62 (Vorjahr TEUR -105) ausgewiesen. Dem Rückgang bei den Abschreibungen auf Finanzanlagen von TEUR 117 um TEUR 108 auf TEUR 9 steht ein Anstieg der Zinsaufwendungen bedingt durch den nach BilMoG verpflichtend in der Aufwandsart Zinsen auszuweisenden Zinsanteil aus der Veränderung der Pensionsrückstellungen von insgesamt TEUR 66 gegenüber. Die Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens sowie die Zinserträge sind angesichts der weniger günstigen Konditionen für Kapitalanlagen nach der Finanz- und Wirtschaftskrise zurückgegangen; die Mindererträge belaufen sich insgesamt auf TEUR 14.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf TEUR 1.065 (Vorjahr TEUR 918), so dass hier ein Anstieg von TEUR 147 erwirtschaftet werden konnte.

Im Außerordentlichen Ergebnis werden die sich im Zusammenhang mit der Erstanwendung des BilMoG ergebenden Aufwendungen aus der Bewertungsänderung der Pensionsrückstellungen ausgewiesen; sie betragen TEUR 260. Auf die erlaubte Verteilung auf 15 Jahre wurde verzichtet.

Unter Berücksichtigung von Steuern in Höhe von TEUR 359 (Vorjahr TEUR 340) ergibt sich ein Jahresüberschuss von TEUR 445 (Vorjahr TEUR 578), von dem nach § 58 Abs. 2 AktG ein Betrag in Höhe von TEUR 222 in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt worden ist.

3. VERMÖGENS- UND FINANZLAGE

Die Vermögenslage der Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr 2010 neben der gewöhnlichen Geschäftsentwicklung auch durch Vorgänge und Geschäftsvorfälle im Zusammenhang mit der Erstanwendung des BilMoG beeinflusst.

Die Zugänge im Sachanlagevermögen betreffen insbesondere die Beschaffung von Vermögensgegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung, wovon TEUR 17 die Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern betreffen. Unter Berücksichtigung planmäßiger und -fortgeführter- steuerrechtlicher Abschreibungen nach dem BilMoG von insgesamt TEUR 380 und (Netto-)Anlagenabgängen von TEUR 2 ergibt sich eine Verminderung des Sachanlagevermögens um TEUR 303 auf TEUR 4.041.

Bei den Finanzanlagen werden als wesentlicher Posten die sonstigen Ausleihungen mit TEUR 46 (Vorjahr TEUR 41) ausgewiesen. Einzelwertberichtigungen wurden in Höhe von TEUR 98 vorgenommen; ausgebucht wurden Ausleihungen in Höhe von TEUR 9.

Das Umlaufvermögen hat sich deutlich von TEUR 488 um TEUR 940 auf TEUR 1.428 erhöht. Dies ist insbesondere Folge aus dem im Geschäftsjahr signifikanten Anstieg bei den liquiden Mitteln, die sich - bei Einbeziehung der Wertpapiere des Umlaufvermögens - um TEUR 974 auf TEUR 1.345 erhöht haben. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 10 auf TEUR 47 zurückgegangen, wobei der Rückgang im Wesentlichen bei den Miet- und Pachtforderungen liegt. Bei den sonstigen Vermögensgegenständen ist der Rückgang von TEUR 25 maßgeblich den gesunkenen Steuererstattungsansprüchen geschuldet.

Das Gezeichnete Kapital wird mit TEUR 700 in unveränderter Höhe ausgewiesen. Das Grundkapital - in der Bilanz als Gezeichnetes Kapital ausgewiesen - ist eingeteilt in 13.650 auf den Inhaber lautende Stück-Stammaktien.

Durch Beschlussfassung der 103. ordentlichen Hauptversammlung erfolgte die Einstellung des im festgestellten Jahresabschluss der Bürgerliches Brauhaus Ravensburg - Lindau Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2009 ausgewiesenen Bilanzgewinns in Höhe von EUR 986.099,33 in die anderen Gewinnrücklagen. Durch den Vorstand und den Aufsichtsrat wurden aus dem Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2010 Einstellungen in die anderen Gewinnrücklagen gemäß § 58 Abs. 2 AktG in Höhe von EUR 222.698,00 vorgenommen. Entnahmen aus den anderen Gewinnrücklagen erfolgten im Geschäftsjahr 2010 nicht. Diese sind damit auf TEUR 2.560 angewachsen.

Im Berichtsjahr wird ein Bilanzgewinn in Höhe von EUR 222.698,03 ausgewiesen.

Das Eigenkapital hat sich um TEUR 445 auf TEUR 3.647 (Vorjahr TEUR 3.202) erhöht. Die Eigenkapitalquote hat sich bei gesunkenem Jahresüberschuss und bei einem Anstieg der Bilanzsumme um TEUR 642 trotzdem von 67,0 % auf 67,3 % geringfügig verbessert.

Die Eigenkapitalrentabilität hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 17,7 % auf 12,0 % verschlechtert, wobei die Veränderung hier allerdings vorwiegend einer gegenläufigen Entwicklung der Berechnungsgrößen geschuldet ist; das Eigenkapital hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 13,9 % erhöht, gleichzeitig ist der Jahresüberschuss um 23,0 % gesunken. Das EBIT und das EBITDA sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 67 bzw. TEUR 87 gesunken; sie betragen am Stichtag TEUR 774 bzw. TEUR 1.001.

Ein im Vorjahr anlässlich eines Immobilienverkaufs gebildeter Sonderposten mit Rücklageanteil in Höhe von TEUR 89 wird gemäß dem Wahlrecht in Art. 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB beibehalten.

Bei den Pensionsrückstellungen ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um TEUR 231. Dabei resultiert aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen zum 1. Januar 2010 ein Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR 260. Das Wahlrecht des Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB, die erforderliche Zuführung zu den Pensionsrückstellungen auf maximal 15 Jahre zu verteilen, wird nicht ausgeübt. Im Geschäftsjahr 2010 wurde die vollständige Zuführung - ausgewiesen im außerordentlichen Ergebnis - vorgenommen.

Die Steuerrückstellungen beinhalten voraussichtliche Verpflichtungen für Körperschaftsteuer 2010 (TEUR 40), Solidaritätszuschlag 2010 (TEUR 2) und Kaffeesteuer (TEUR 7).

Die Sonstigen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	<u>TEUR</u>
Ausstehender Urlaub	58
Tantiemen	38
Prüfungs- und Beratungskosten	25
Sonstige unter TEUR 10	21
Aufbewahrungskosten	15
Ausstehende Rechnungen	15
Aufsichtsratsvergütung	9
Instandhaltungs- und Reparaturkosten	<u>3</u>
	<u><u>184</u></u>

Am Bilanzstichtag hat die Gesellschaft keine Bankschulden.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 10 zurückgegangen.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten sind um TEUR 21 auf TEUR 260 angestiegen. Der Anstieg beruht im Wesentlichen auf einer Zunahme der Verpflichtungen aus Nebenkosten auf TEUR 42 (Vorjahr TEUR 6) sowie der Einlagen und Kauttionen von Wirten auf TEUR 33 (Vorjahr TEUR 23); dem gegenüber sind die Steuerverbindlichkeiten und die übrigen Verbindlichkeiten zurückgegangen.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit ist im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 435 auf TEUR 1.041 (Vorjahr TEUR 606) angestiegen.

4. ANALYSE DER LAGE UND DES GESCHÄFTSVERLAUFS

Das Jahresergebnis von TEUR 445 ist im Geschäftsjahr durch weiter gestiegene Umsatzerlöse aus dem Automatengeschäft und der Vermietung und Verpachtung positiv beeinflusst. Die sonstigen betrieblichen Erträge tragen im Geschäftsjahr 2010 mit einem Rückgang von TEUR 818 zu einem geringeren Jahresüberschuss bei, der sich hier insbesondere im Rückgang bei den Erträgen aus der Auflösung von Wertberichtigungen um TEUR 151 und der Auflösung von Rückstellungen um TEUR 144, bei den Gewinnen aus Anlagenabgängen um TEUR 282 und bei den Erträgen aus der Auflösung der Rücklage gemäß § 6b EStG um TEUR 193 manifestiert. Gegenläufig hierzu haben sich die Abschreibungen - einschließlich der rein steuerrechtlichen Abschreibungen nach § 254 HGB a.F. - um TEUR 372 auf TEUR 380 (Vorjahr TEUR 752) vermindert. Auch die im Vergleich zum Vorjahr weniger hohen Instandhaltungsaufwendungen von TEUR 123 (Vorjahr TEUR 320) sowie die im Geschäftsjahr 2010 geringeren Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen von TEUR 2 (Vorjahr TEUR 71) haben das erzielte Jahresergebnis geringer belastet. Weiterhin ist im vorangegangenen Geschäftsjahr die Einstellung in den Sonderposten gemäß § 6b EStG mit TEUR 89 erfolgt, die für das Geschäftsjahr 2010 nicht mehr zu berücksichtigen ist.

Das Finanzergebnis ist gekennzeichnet durch einen deutlichen Rückgang bei den Abschreibungen auf Finanzanlagen um TEUR 108, durch Aufwendungen aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen nach BilMoG in Höhe von TEUR 66 sowie durch die sich aufgrund des allgemein gesunkenen Zinsniveaus ergebenden geringeren Erträgen aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und gesunkenen Bankzinserträgen.

Außerordentlichen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Erstanwendung des BilMoG belasten das Jahresergebnis mit TEUR 260.

Die Ertragsteuern werden auf Vorjahresniveau ausgewiesen. Die angestiegenen sonstigen Steuern resultieren primär aus einer höheren Vergnügungssteuer (TEUR 67; Vorjahr TEUR 40) sowie aus Umsatzsteuer- und Kaffeesteuer-Nachzahlungen für Vorjahre in Höhe von TEUR 11.

Für das Geschäftsjahr 2010 kann ganz allgemein eine stabile geschäftliche Entwicklung konstatiert werden. Das Betriebsergebnis zeigt sich im Vergleich zum Vorjahr mit TEUR 104 verbessert; es wird mit TEUR 1.127 (Vorjahr TEUR 1.023) ausgewiesen. Wird ein unter Eliminierung der neutralen Erträge und Aufwendungen bereinigtes Betriebsergebnis ermittelt, so beträgt dieses TEUR 1.190 (Vorjahr TEUR 874). Der Anstieg im operativen Geschäft beträgt hiernach TEUR 316 bzw. 36,2 %. Ein ableitbarer positiver Trend der Geschäftsentwicklung lässt sich aufgrund vergangenheitsorientierter Betrachtung, die den Zeitraum der letzten 5 Jahre (einschließlich Geschäftsjahr 2010) einschließt, bei unterstellt gleichbleibenden Rahmendaten hier durchaus ableiten. Von der Gesellschaft bzw. ihren gesetzlichen Vertretern wurden in den zurückliegenden Jahren die richtigen strategischen Entscheidungen getroffen und umgesetzt. Die Umstrukturierung des ehemaligen Brauereiunternehmens in eine nunmehr auf die Verwaltung ihres Immobilienbesitzes sowie die Berechtigung, Geldspiel- oder sonstige Unterhaltungsgeräte aufzustellen sowie gastronomische Einrichtungen und „Spielcasinos“ zu betreiben, ausgerichtete Geschäftstätigkeit ist erfolgreich vollzogen. Insoweit ist es durchaus gerechtfertigt, auch künftig auf eine anhaltend positive Geschäftsentwicklung hoffen zu dürfen.

5. VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG

Von wenigen Ausnahmen abgesehen waren die Immobilienobjekte der Gesellschaft zum Ende des Geschäftsjahres erfolgreich vermietet, wobei man zur Risikovorsorge auf eine sorgfältige Auswahl der Mieter unter Bonitäts Gesichtspunkten und der Stellung von Sicherheiten bedacht ist.

Es zeichnet sich ab, dass die Vermögensumschichtungen im Immobilienbereich erfolgreich verlaufen und angesichts einer prognostizierten Stagnation der Rückvergütungen der Edelweißbrauerei Farny zur weiteren Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage und der Generierung künftiger positiver Ergebnisse beitragen werden.

Weitere Immobilienverkäufe aus Altbeständen des Unternehmens werden im Geschäftsjahr 2011 vorgenommen werden, um möglichst die den Ertrag steigernde Umschichtung des Immobilienbestandes fortzusetzen und Instandhaltungsaufwendungen insbesondere bei sanierungskostenintensiven Objekten zu reduzieren.

Bei mehreren Immobilienobjekten besteht offenkundig Sanierungsbedarf. Um den noch immer vorhandenen Instandhaltungsstau weiter aufzulösen, wird an der Planung der kurz- bis mittelfristigen Sanierung eines weiteren Objekts intensiv gearbeitet. Hieraus wird im Geschäftsjahr 2011 mit größeren Instandhaltungs- und Sanierungsaufwendungen zu rechnen sein.

Besondere Risiken aus der Vermietungs- und Verpachtungstätigkeit zeichnen sich derzeit nicht ab.

Mögliche Chancen der zukünftigen Entwicklung ergeben sich für die Gesellschaft in einem weiteren gezielten Ausbau der Geschäftstätigkeit im Geldspiel- und sonstigen Unterhaltungsgerätegeschäft, nachdem in den letzten drei Geschäftsjahren die Umsatzerlöse aus diesem Geschäftssegment kontinuierlich gesteigert werden konnten. Mehrere Anläufe im Rahmen der Expansion dieses Geschäftsfeldes zur Gewinnung zusätzlicher Standorte scheiterten aber wie bereits im Vorjahr auch entweder an erforderlichen Zustimmungen von Hauseigentümern oder an behördlichen Genehmigungen.

Dem stehen gegebenenfalls Risiken der Art gegenüber, dass das Geschäft mit Geldspiel- und sonstigen Unterhaltungsgeräten durch Auflagen oder gesetzliche Vorschriften weiter strenger reguliert wird.

6. EINZELANGABEN GEMÄSS § 289 ABS. 2 HGB

Ziffer 1.

Ereignisse von besonderer Bedeutung, die einen wesentlichen Einfluss auf Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, sind nach Ablauf des Geschäftsjahres 2010 nicht eingetreten.

Ziffern 2. a) und 2. b)

Ausfall- und Liquiditätsrisiken in Bezug auf Finanzinstrumente bestehen grundsätzlich im Bereich der Ausleihungen und der Liefer- und Leistungsforderungen. Diesen Risiken wird durch ein straffes Forderungsmanagement begegnet. Zudem können sich im Geschäftszweig „Vermietung und Verpachtung“ durch den Wegfall oder die Bonitätsverschlechterung von Mietern und Pächtern grundsätzlich Ausfall- und Liquiditätsrisiken ergeben. Eine sorgfältige Prüfung bereits im Vorfeld der Unterzeichnung eines Mietvertrags sorgt hier für eine Minimierung dieses Risikos. Des Weiteren sind Risiken für die Gesellschaft hinsichtlich der Wertbeständigkeit und -entwicklung ihres Immobilienbestands nicht gänzlich auszuschließen. Preisänderungsrisiken bei Finanzinstrumenten sind für die Gesellschaft nicht von Bedeutung, da die jeweiligen Konditionen jeweils fixiert sind und Wertschwankungen nicht vorliegen. Aus den Erkenntnissen früherer Geschäftsjahre sind hier keine gegenteiligen Aussagen zu treffen.

Risiken aus Zahlungsstromschwankungen, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist, sind für das Unternehmen nicht von großer Bedeutung; erwartete Zahlungsströme sind im Geschäftszweig „Vermietung und Verpachtung“ im Vorhinein vertraglich vereinbart, betragsmäßig festgelegt und keinen Wertschwankungen unterworfen.

Ziffer 3.

Die Gesellschaft betreibt keine Aktivitäten in den Bereichen Forschung und Entwicklung.

Ziffer 4.

Es bestehen keine Zweigniederlassungen der Gesellschaft.

Ziffer 5.

Vergütung des Vorstands

Neben fixen Monatsbezügen erhält der Vorstand eine an den Geschäftserfolg gekoppelte erfolgsabhängige Tantieme in Höhe von 5 % des handelsrechtlichen Jahresüberschusses vor der Kürzung durch die Tantieme und vor Ertragsteuern. Zusätzliche Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung und Risikocharakter enthalten die an den Geschäftserfolg gekoppelten Vergütungsbestandteile nicht. Sonstige Sachbezüge oder Leistungen bei vorzeitigem Ausscheiden sowie Ruhestandsleistungen für aktive Vorstandsmitglieder sind nicht festgelegt.

Frühere Mitglieder des Vorstands beziehen lebenslänglich zahlbare Altersrenten (Ruhestandsleistungen) aus Direktzusagen; des Weiteren werden Leistungen für eine lebenslänglich zahlbare monatliche Witwenrente erbracht. Die Ruhestandsbezüge sind fix und größtenteils wertgesichert. Sie sind an die Entwicklung der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung bzw. an das Brau- und Malzmeistertarifgehalt gekoppelt. Die Witwenrenten wurden auf der Basis von 60 % der Mannesrenten zugesagt. Sofern für die Altersrenten eine Wertsicherungsklausel vereinbart ist, gilt diese für die Witwenrenten entsprechend.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Aufsichtsratsvergütungen sind erfolgsunabhängig, jährlich fix und an die Zugehörigkeit zu diesem Organ geknüpft.

Die Vergütung je Mitglied des Aufsichtsrates betrug im Geschäftsjahr 2010 einheitlich und undifferenziert nach Vorsitz bzw. stellvertretendem Vorsitz jeweils EUR 3.000,00. Die Aufsichtsratsvergütungen betragen im Geschäftsjahr 2010 insgesamt EUR 9.000,00.

7. ANGABEN GEMÄSS § 289 ABS. 3 HGB

Die Darstellung und Analyse von für die Geschäftstätigkeit bedeutsamen nichtfinanziellen Leistungsindikatoren kann entfallen, da solche Informationen für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und die Lage der Gesellschaft nicht von Bedeutung sind.

8. ANGABEN GEMÄSS § 289 ABS. 4 HGB

Ziffer 1.

Das gezeichnete Kapital von EUR 700.000,00 ist eingeteilt in 13.650 auf den Inhaber lautende nennwertlose Stück-Stammaktien. Deren rechnerischer Anteil am Grundkapital beläuft sich auf jeweils EUR 51,28.

Ziffer 2.

Angaben hierüber sind entbehrlich, da die erforderlichen Voraussetzungen nicht gegeben sind.

Ziffer 3.

Am Kapital bestehen ausweislich der nach § 21 WpHG an die Gesellschaft erfolgten Mitteilungen folgende Beteiligungen, die 10 vom Hundert überschreiten und gehalten werden:

- a) von der Inselbrauerei Lindau AG, Lindau, mit einem (direkten) Anteil am stimmberechtigten Grundkapital von 71,35 % und einem (zugerechneten) Stimmrechtsanteil am Grundkapital von 23,16 % (im Besitz der Aktienbrauerei Simmerberg AG mit 6,81 % und der Insel Verwaltungs GmbH, Lindau, mit 16,35 %)
- b) von der Insel Verwaltungs GmbH, Lindau, mit einem (direkten) Anteil am stimmberechtigten Grundkapital von 16,35 %

Ziffer 4.

Siehe oben zu Ziffer 2.

Ziffer 5.

Siehe oben zu Ziffer 2.

Ziffer 6.

Die Bestellung und Abberufung des Vorstands erfolgt gemäß § 84 AktG durch den Aufsichtsrat nach Maßgabe eines Aufsichtsratsbeschlusses (§ 10 der Satzung); Satzungsänderungen können nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen (§§ 179 - 181 AktG) beschlossen werden.

Ziffer 7.

Die Befugnisse des Vorstandes zur Ausgabe und zum Rückkauf von Aktien ergeben sich ausschließlich aus der Gesetzeslage. Hauptversammlungsabschlüsse hierzu existieren nicht.

Ziffern 8. und 9.

Angaben darüber sind entbehrlich, diesbezügliche Vereinbarungen wurden nicht getroffen.

9. RECHNUNGSLEGUNGSBEZOGENES INTERNES KONTROLLSYSTEM

Internes Kontrollsystem (IKS)

Der Rechnungslegungsprozess der Gesellschaft wird durch ein internes Kontrollsystem (IKS) unterstützt, welches durch eine Vielzahl von verschiedenen und unterschiedlich wirkenden Mechanismen in der Aufbau- und Ablauforganisation des internen und externen Rechnungswesens gekennzeichnet ist. Mit den eingerichteten Methoden und Maßnahmen verfolgt die Gesellschaft primär die Zielsetzung, die betriebliche Effizienz zu erhöhen und das Vermögen der Gesellschaft zu sichern. Das installierte IKS soll insbesondere die Einhaltung der internen und externen Vorgaben sowie die Zuverlässigkeit des Rechnungs- und Berichtswesens gewährleisten. Dabei kommt dem Risikomanagementsystem eine besondere Aufgabe und Bedeutung zu. Als integraler Bestandteil des IKS soll es durch den Aufbau entsprechender Kontrollmechanismen hinreichende Sicherheit in dem Sinne gewährleisten, dass trotz etwaig identifizierter Risiken ein regelungskonformer Abschluss erstellt wird.

Risikomanagementsystem

Zur Früherkennung etwaiger Risiken und daraus resultierenden Gefährdungen betreibt die Gesellschaft ein Risikomanagementsystem. Hierdurch soll insbesondere unter Präventionsgesichtspunkten gewährleistet werden, dass im Falle des Auftretens von Risiken der Vorstand frühzeitig informiert wird und entsprechende Gegenmaßnahmen unmittelbar ergriffen werden können.

Wesentliche Aufgabenstellung des implementierten Risikomanagementsystems ist es, im Hinblick auf die Rechnungslegungsprozesse solche Risiken, die der Regelkonformität des Abschlusses entgegenstehen könnten, zu identifizieren und zu bewerten. Neben der Jahresabschlusserstellung wird auch die Finanzberichterstattung durch das interne Kontrollsystem erfasst und überwacht.

Die Kontrollstrukturen sind wesentlich durch die Verwendung geeigneter IT-Finanzsysteme mit automatisierten Zugriffskontrollen und Plausibilitätsprüfungen geprägt. Die Datensicherheit ist aufgrund zeit- und sachgemäßer Hardware sowie durch regelmäßige Aktualisierungsintervalle der Software gewährleistet. Bei komplexen Rechnungslegungssachverhalten und -fragestellungen werden im Bedarfsfalle externe Sachverständige mit einbezogen, um den gesetzlichen Vorschriften und freiwilligen Verpflichtungen entsprechen zu können. Durch das Risikomanagementsystem erfasste und bewertete Risiken werden im Jahresabschluss berücksichtigt, soweit dies nach bestehenden Bilanzierungsregeln erforderlich ist.

Durch eine regelmäßige Beurteilung der Effizienz der internen rechnungslegungsbezogenen Kontrollen, vorwiegend im Rahmen des Abschlusserstellungsprozesses, werden identifizierte Optimierungspotenziale unter Berücksichtigung von Angemessenheits- und Komplexitätserwägungen umgesetzt.

10. ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG

Die Erklärung zur Unternehmensführung entsprechend § 289a HGB ist auf der Internetseite der Gesellschaft unter www.buergerliches-brauhaus.de dauerhaft öffentlich zugänglich gemacht.

11. ABHÄNGIGKEITSBERICHT

Der gemäß § 312 AktG erstellte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen schließt mit der folgenden Erklärung ab:

„Wir bestätigen, dass jedem Rechtsgeschäft mit dem herrschenden oder einem mit diesem verbundenen Unternehmen nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem das Rechtsgeschäft vorgenommen wurde, eine angemessene Gegenleistung gegenüberstand und die Gesellschaft nicht benachteiligt wurde. Berichtspflichtige Maßnahmen wurden im Geschäftsjahr 2010 weder getroffen noch unterlassen.“

Den Aktionären und Freunden unseres Hauses danken wir für die Treue zum Bürgerlichen Brauhaus.

Ravensburg, 18. Februar 2011

Bürgerliches Brauhaus Ravensburg - Lindau Aktiengesellschaft

Der Vorstand
Lorenz Schlechter